



Fraktion in der  
Bezirksversammlung Harburg

**Fraktionsbüro:**  
Julius-Ludowieg-Straße 25  
21073 Hamburg

**Klaus Lübberstedt**  
Klaus.Luebberstedt@gmx.eu  
Telefon: 0178 93 911 73

**Sabine Boeddinghaus**  
sboeddinghaus@googlemail.com  
Telefon: 0174 / 396 30 38

Hamburg, den 10. Januar 2014

## PRESSEMITTEILUNG

### Künftig nur noch Sozialberatung „light“ in Hamburg?

**Nach der Kinder- und Jugendhilfe „light“ kommt jetzt die Sozialberatung „light“. Die SPD schafft nach und nach die allgemeinen sozialen Hilfsangebote, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen sollten, ab und plant, statt einer bedarfsgerechten Versorgung nur noch eine Notfallversorgung abzusichern. Eine Anfrage der Bezirksfraktion der LINKEN in Harburg fordert Aufklärung.**

In Zukunft soll in den durch Hamburger Mitteln finanzierten Sozialberatungen wie zum Beispiel der Arbeitslosentelefonhilfe ATH keine Rechtsberatung für Arbeitslose mehr angeboten werden. Außerdem sieht die vom Hamburger Senat geplante Reform eine Abschaffung der offenen Sozialberatung vor. (Senatsdrucksache 20/9375) Im Kern bedeutet die Reform, dass psychosoziale Beratungsangebote, die von der Stadt Hamburg finanziert werden in Zukunft ausschließlich Langzeitarbeitslosen im ALGII-Bezug zugute kommen sollen und dies auch nur auf Zuweisung durch die Jobcenter. Außerdem sollen alle Rechtsfragen der Ratsuchenden nicht mehr Teil der Beratungsleistung der Träger sein, sondern in Zukunft ausschließlich durch die Jobcenter selbst durchgeführt werden.

Experten z.B. der großen Wohlfahrtsverbände wie der Diakonie sind sich indes einig, dass es für die Betroffenen unerlässlich ist, dass die Beratungsangebote offen, unabhängig und anonym sind. Vor allem wird kritisiert, dass sich die Arbeitslosen nach dem neuen Konzept genau von der Stelle in ihren Rechtsfragen beraten lassen müssen, mit der sie im Konflikt sind. Es ist auch unklar, inwieweit die Jobcenter eigentlich für diese Aufgabe gerüstet sind. Außerdem werden bekannter Maßen auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen (z.B. Aufstocker und Geringverdiener und auch Menschen aus dem Rechtskreis der SGB III und XII) beraten. Diesem wachsenden Personenkreis, den der Senat derzeit selbst auf ca. 25.000 Ratsuchende im Jahr schätzt, steht dann nur noch ein eingeschränktes Beratungsangebot in Form von Krisenintervention und Erstberatungen und keine unabhängige Rechtsberatung zur Verfügung.

300.000€ aus dem für psychosoziale Beratungsstellen zur Verfügung stehenden Mittel sollen zurück gehalten werden und ab April nur noch auf Anforderung der Jobcenter zur Verfügung gestellt werden. Ob dieses sozial unverträgliche Vorgehen tatsächlich langfristig öffentliche Finanzen sparen hilft, darf durchaus bezweifelt werden. Den Betroffenen schadet es in jedem Fall.

Es ist aus den bisher zur Verfügung stehenden Daten und Fakten nicht abzulesen, welche Folgen der Wegfall der offenen psychosozialen Beratungsangebote haben kann. Daher hat die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Harburg zunächst eine große Anfrage eingereicht, um die Informationslage hierzu zu verbessern.

**Sabine Boeddinghaus**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende hierzu: *„Wer geht denn bitte mit Rechtsfragen gegen einen falschen HartzIV-Bescheid zum Jobcenter? Es ist ein Skandal, wie der SPD-Senat die sozialen Hilfsangebote der Stadt nach und nach abschafft. Nachdem schon die offene Kinder- und Jugendarbeit mehr oder minder abgeschafft wurde, kommen jetzt die nächsten Beratungsangebote an die Reihe. Die Folge ist, dass den Menschen, die ohnehin keinerlei Lobby in der Stadt haben, auch noch die letzten Möglichkeiten, sich zu schützen, entzogen werden. Hier wird das Sozialstaatsprinzip ad Absurdum geführt.“*

Für Rückfragen: Sabine Boeddinghaus: [sboeddinghaus@googlemail.com](mailto:sboeddinghaus@googlemail.com)  
0174 3963038